



# Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) (Umsetzung der 13. Altersrente)

Entwurf

## Änderung vom ...

---

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,  
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 16. Oktober 2024<sup>1</sup>,  
beschliesst:*

I

Das Bundesgesetz vom 20. Dezember 1946<sup>2</sup> über die Alters- und Hinterlassenenversicherung wird wie folgt geändert:

### *Art. 24b zweiter Satz*

... Bei der Vergleichsrechnung werden die 13. Altersrente nach Artikel 34<sup>ter</sup> und gegebenenfalls der Rentenzuschlag nach Artikel 34<sup>bis</sup> an die jährliche Altersrente angerechnet.

### *Art. 34<sup>ter</sup> 1b. 13. Altersrente*

<sup>1</sup> Versicherte, die im Monat Dezember Anspruch auf eine Altersrente haben, erhalten eine 13. Altersrente.

<sup>2</sup> Die 13. Altersrente wird als Zuschlag zur jährlichen Altersrente ausgerichtet. Sie entspricht einem Zwölftel der im betreffenden Kalenderjahr bezogenen Altersrente.

<sup>3</sup> Sie wird im Dezember ausbezahlt. Wird die Altersrente gemäss Artikel 44 Absatz 2 einmal jährlich ausbezahlt, so erfolgt die Auszahlung der 13. Altersrente zusammen mit der Altersrente.

### *Art. 46 Abs. 2<sup>bis</sup>*

<sup>2bis</sup> In Abweichung von Artikel 24 Absatz 1 ATSG erlischt der Anspruch auf Nachzahlung der 13. Altersrente mit dem Tod der versicherten Person.

<sup>1</sup> BBl 2024 2747  
<sup>2</sup> SR 831.10

## II

Die nachstehenden Erlasse werden wie folgt geändert:

### **1. Bundesgesetz vom 19. Juni 1959<sup>3</sup> über die Invalidenversicherung**

*Art. 37 Abs. 1*

<sup>1</sup> Die Höhe der Invalidenrenten entspricht der Höhe der Altersrenten der Alters- und Hinterlassenenversicherung.

### **2. Bundesgesetz vom 6. Oktober 2006<sup>4</sup> über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung**

*Art. 11 Abs. 3 Bst. i*

<sup>3</sup> Nicht angerechnet werden:

- i. die 13. Altersrente nach Artikel 34<sup>ter</sup> AHVG.

## III

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

<sup>2</sup> Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

<sup>3</sup> SR 831.20

<sup>4</sup> SR 831.30